



16. Juli 2019

Arbeit im Landtag

Für eine #SolidarischeEnergiewende

Liebe Leserinnen und Leser,

in NRW stehen die Ferien vor der Tür. Und damit auch das letzte Plenum vor der sogenannten parlamentarischen Sommerpause. Sommer—das hat in den vergangenen Jahren, insbesondere im letzten Jahr einen neuen Hitzeanstrich verliehen bekommen. Wir alle erinnern uns noch daran, wie heiß der Sommer im vergangenen Jahr war. Der Klimawandel hat sich für alle spürbar in unser Bewusstsein gedrängt.

Spätestens seitdem ist klar: Der Klimawandel verlangt mutige Schritte. Die CO₂-Emissionen müssen dringend gesenkt werden. Klar ist aber auch: Der Lebensstil des oberen Drittels der Gesellschaft beansprucht ein Vielfaches an CO₂ als jener des unteren Drittels. Klimaschutz und Energiewende gibt es daher nur durch mehr Gerechtigkeit.

Ein Baustein unserer Energiepolitik sieht deshalb auch eine sozialverträgliche CO₂-Bepreisung vor, die klimafreundliches Verhalten belohnt und untere Einkommensgruppen nicht zusätzlich belastet. Bundesumweltministerin Svenja Schulze hat jetzt einen Plan dafür vorgelegt, wie eine sogenannte CO₂-Bepreisung so ausgestaltet werden kann, **dass ungerechte Belastungen vermieden werden. Das gilt insbesondere für Menschen mit geringeren und mittleren Einkommen sowie für besonders betroffene Gruppen wie Pendler und Mieter.**



Das scheint die nordrhein-westfälische Landesregierung noch nicht verstanden zu haben. In ihrer Klimapolitik herrscht absoluter Stillstand. CDU und FDP müssen sich endlich ihrer klimapolitischen Verantwortung stellen und Farbe bekennen: Wie stehen sie zu einer sozialverträglichen Ausgestaltung einer CO₂-Bepreisung? Und wie wollen sie die notwendigen Treibhausgasreduzierungen erzielen?

Wir haben die Pläne der Bundesumweltministerin und das Nicht-Handeln der Landesregierung zum Anlass genommen und in der letzten Plenarsitzung eine **Aktuelle Stunde** beantragt. In der Debatte am vergangenen Donnerstag haben wir erfahren, welche Ziele die nordrhein-westfälische Landesregierung verfolgt.

Die SPD-Fraktion hat ihr Konzept für eine solidarische Energiepolitik jetzt vorgelegt. Unser Positionspapier dazu gibt es **hier** zum Nachlesen.

Sonderseite „Eklat im Landtag“



Urheber: Landtag NRW

In der letzten Plenarwoche vor der Sommerpause wurde die Sitzung des Landtags NRW unterbrochen und die Gäste auf der Besuchertribüne mussten den Saal verlassen. Was war passiert? Es handelte sich um Gäste einer Fraktion, die von dieser sowohl vom Rednerpult, als auch, wie es schien, von ihren Beschäftigten bzw. den Beschäftigten ihrer Abgeordneten auf der Tribüne aufgewiegelt und angestachelt wurden, die Sitzung mit Rufen, Beschimpfungen und gegen gläserne Absperrungen schlagend zu stören.

Nicht nur in Nordrhein-Westfalen, in ganz Deutschland, zeichnet sich die parlamentarische Ordnung durch einen entscheidenden Grundsatz aus. Bei allen inhaltlichen und politischen Kontroversen sind Wort und Widerwort die einzigen Instrumente der politischen Auseinandersetzung in Deutschen Parlamenten. Deshalb sprechen Abgeordnete im Plenarsaal zu anderen Abgeordneten und nicht für die Tribüne.

Dies ist eine Lehre, die wir aus der Weimarer Republik gezogen haben. In einem Deutschen Parlament dürfen wir es nicht zulassen, dass sich die Tribüne in die Auseinandersetzung von Wort und Widerwort einmischt. Und wir dürfen auch nicht zulassen, dass einzelne Abgeordnete sich in der Ausübung ihres Mandats bedroht fühlen oder bedroht werden. Die Vizepräsidentin des Landtags Carina Gödecke hat dies nach Wiederaufnahme der Sitzung zum Ausdruck gebracht! [Hier geht es zum Video.](#)

Diese offene Grenzüberschreitung seitens einer Fraktion und die Instrumentalisierung der Besucher zeigen, dass wir eine neue Qualität der Auseinandersetzung mit Rechten erreicht haben.

Sonderseite „10. Jugend-Landtag“

Feriha Gemici und Mohamad Akkour vertreten Gelsenkirchener Abgeordnete beim Jugend-Landtag

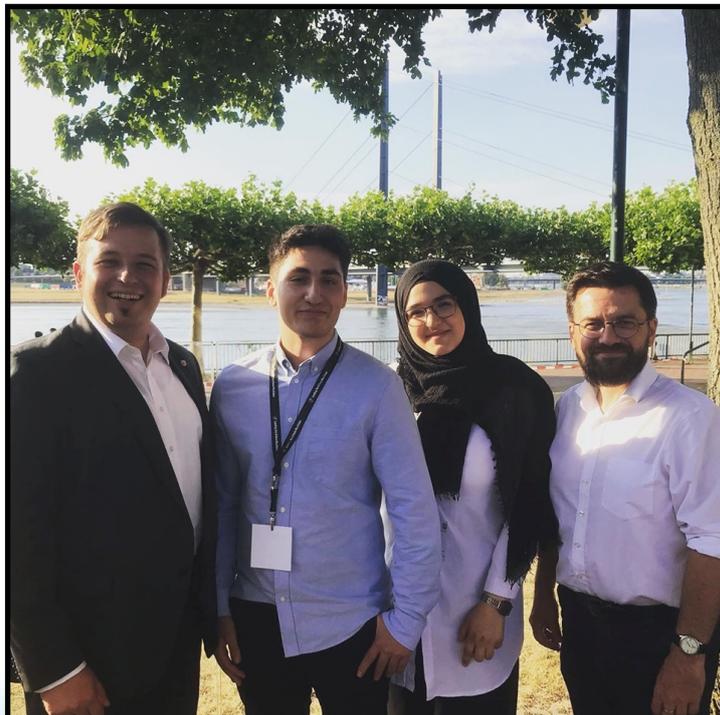


Urheber: Landtag NRW

Drei Tage lang Abgeordneter sein: Feriha Gemici und Mohamad Akkour schlüpfen beim 10. Jugend-Landtag in die Rollen der Gelsenkirchener Abgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier. Feriha Gemici, Oberstufenschülerin am Gauß-Gymnasium, und Mohamad Akkour, Oberstufenschüler am Schalcker-Gymnasium, konnten in der Zeit intensive Einblicke in die parlamentarische Arbeit des Landtags erhalten.

Wie kann der öffentliche Nahverkehr attraktiver gestaltet werden? Wie ist es um eine Impfpflicht bestellt? Das sind Fragen, die beim diesjährigen Jugend-Landtag im Vordergrund der Debatten standen. Abgeordneter beim Jugend-Landtag zu sein, das bedeutet natürlich auch über die gleichen Instrumente zu verfügen wie es die erwachsenen Abgeordneten tun. Aktuelle Stunden können beantragt werden, Eilanträge können eingereicht werden. Im „Schnelldurchlauf“ erleben die jugendlichen Stellvertreterinnen und Stellvertreter die parlamentarische Arbeit.

Die Beschlüsse, die der Jugend-Landtag beschließt, landen im Anschluss immer bei den „echten Landtagsabgeordneten“. Jugend-Landtag heißt also auch, tatsächlichen Einfluss auf die Landespolitik zu nehmen. Das Azubi-Ticket, welches beim letzten Jugend-Landtag gefordert wurde und im Anschluss auch im Landtag heiß diskutiert wurde, ist ein perfektes Beispiel.



Urheber: Privat

Zukunftsperspektiven für den Dortmunder Hafen

Der Dortmunder Hafen ist wichtig für das westdeutsche Kanalnetz und ein strategisch bedeutsamer Hinterland-Hafen für die großen Seehäfen. Von der Wasserseite her ist er ausschließlich über den Dortmund-Ems-Kanal durch die einzige Schleuse „Henrichenburg“ erreichbar. Diese Schleuse ist jedoch marode. Ihre Störanfälligkeit gefährdet den Dortmunder Hafenbetrieb mit seinen 160 Unternehmen und den etwa 5.000 Beschäftigten. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, beim Bundesverkehrsminister dafür zu werben, eine zweite Schleuse zu bauen, eine neue Brücke über den Kanal zu errichten und die Reparaturarbeiten an der Schleuse „Henrichenburg“ zügig abzuschließen.

Drucksache 17/6751



Urheber: www.pixabay.com / danielsfotowelt

Zukunftsverantwortung: Geflüchtete in den Arbeitsmarkt integrieren

Die Integration von geflüchteten Menschen und anderen zugewanderten Personen in den Arbeitsmarkt ist zentrale Aufgabe unserer Gesellschaft. Viele Migrantinnen und Migranten verfügen bereits über Abschlüsse und Qualifikationen, wenn sie zu uns kommen.

Diese Potenziale gilt es zu nutzen, um auch in NRW dem Fachkräftemangel in vielen Berufszweigen angemessen begegnen zu können. Allerdings ist die Anerkennung ihrer Berufsqualifikationen nach wie vor langwierig und kompliziert. Unser Antrag macht deutlich, dass Maßnahmen zur Optimierung dieser Prozesse weiterentwickelt und in der Folge ergriffen werden müssen.

Drucksache 17/301



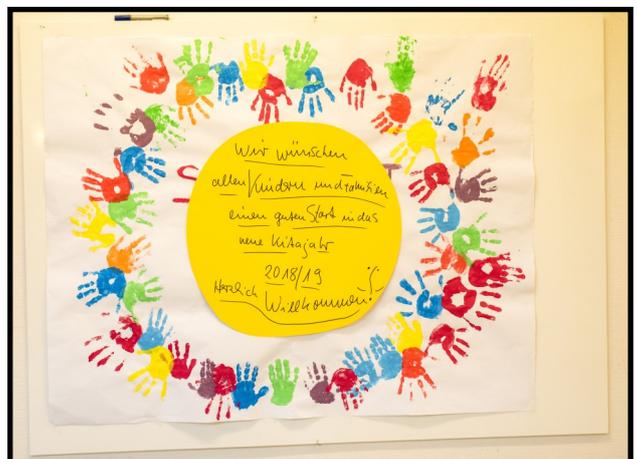
Urheber: www.pixabay.com / geralt

Zukunftsplan für die Ganztagschule

Die Einführung der Ganztagschule, das heißt größere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mehr als 300.000 Grundschülerinnen und -schüler nutzen Ganztagsangebote bereits—eine enorme Entlastung für die Familien. Auch ist ein qualitativ guter Ganztags eine Voraussetzung dafür, die Zukunft und den Erfolg der Schulkinder von ihrer sozialen Herkunft loszulösen. Ein Erfolgsmodell. Der Ganztags erfährt einen großen Zuspruch. Dennoch: der Offene Ganztags seit seiner Einführung ein Provisorium. Noch immer gibt es keine gesetzliche Verankerung. Die finanzielle Zuständigkeit ist nach wie vor ungeklärt. Auch ist die Qualität des Angebots in unserem Bundesland noch uneinheitlich.

Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie ein tragfähiges Zukunftskonzept für den Ganztags vorlegt. Wir erwarten, dass sie in Verhandlungen mit dem Bund eintritt, um endlich Rahmenbedingungen für einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab 2025 abzustimmen.

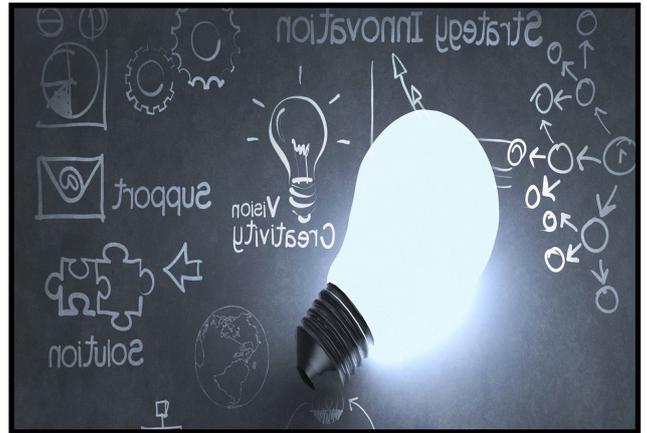
Drucksache 17/4456



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

Zukunftsfähig: Weitere Professuren an Fachhochschulen einrichten

Die Fachhochschulen/Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind wichtige Säulen in der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft. Sie haben allerdings nach wie vor Probleme, Forschung nachhaltig zu finanzieren und den Professorinnen und Professoren mehr Zeit für Forschungstätigkeiten zu gewähren. Das Programm „FH Zeit für Forschung“, welches durch die SPD in der Vorgängerregierung eingeführt wurde, hat die Situation der Hochschulen für angewandte Wissenschaften deutlich verbessert. Allerdings nicht ausreichend. Auf unsere Initiative hin, wurden im Wissenschaftsausschuss pragmatische Lösungen diskutiert. Die Landesregierung lehnte diese ab. Mit unserem Antrag fordern wir Schwarz-Gelb dazu auf, den vollmundigen Ankündigungen des Koalitionsvertrags gerecht zu werden, und die Hochschulen für angewandte Wissenschaften bei ihren Forschungstätigkeiten zu unterstützen.



Urheber: www.pixabay.com / markmags

Drucksache 17/5376

Zukunftsweisend: Offensive für Studentisches Wohnen

Der angespannte Wohnungsmarkt belastet nicht zuletzt auch die Studentinnen und Studenten bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum. Die hohen Mietpreise entpuppen sich vielerorts als versteckte Studiengebühren. Deshalb benötigt NRW eine Offensive für studentisches Wohnen. Den zwölf Studierendenwerken in unserem Land fehlt es neben einer Erhöhung ihrer Grundfinanzierung vor allem an konkreten Zusagen für Neubau- und Sanierungsmaßnahmen. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung dazu auf, die angespannte Wohnungsmarktlage der Studierenden nicht nur tatenlos zur Kenntnis zu nehmen, sondern durch ein Programm für studentischen Wohnraum zügig zu verbessern. Unser Programm wurde von den Studierendenwerken ausdrücklich begrüßt.



Urheber: www.pixabay.com / mastersenaiper

Drucksache 17/4453

Zukunftsferne: Entschließungsantrag zum Entwurf des Hochschulgesetzes

Zurück zur Scheibe: Der Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes“ entwickelt unser viel gelobtes Hochschulzukunftsgesetz zurück. Damit bleiben die selbst gesteckten Ziele der Landesregierung unerfüllt. So werden nicht nur die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen verschlechtert, sondern auch insbesondere die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Studierenden und der Beschäftigten stark eingeschränkt.

Schwarz-Gelb schreckt nicht einmal vor dem „Klein-Klein“ der Wiedereinführung einer Anwesenheitspflicht für die Studierenden zurück. Mit unserem Entschließungsantrag weisen wir auf diese für den Wissenschafts- und Forschungsstandort und die Studierenden in NRW fatalen Fehlentwicklungen hin.



Urheber: www.pixabay.com / TeroVesalainen

Wahlkreisarbeit

„CDU und FDP zeigen die kalte Schulter bei Straßenausbaubeiträgen“



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

Die Vorschläge der schwarz-gelben Regierungskoalitionen lösen kein einziges Problem bei den Straßenausbaubeiträgen, im Gegenteil, sie schaffen neue Unsicherheiten in den Kommunen und sind zudem eine Riesenenttäuschung für viele Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. CDU und FDP doktern lediglich an einem ungerechten System herum und verkomplizieren es dadurch. Die 500.000 eingereichten Unterschriften der Volksinitiative sowie die zahlreichen Resolutionen der Städte und Gemeinden, mitunter auch getragen von CDU und FDP, lassen die Mitte-Rechts-Koalition anscheinend ziemlich kalt. Dazu erklären die Landtagsabgeordneten aus Gelsenkirchen Heike Gebhard und Sebastian Watermeier:

„Der Versuch der Regierungskoalition zeigt, wie verzweifelt sie sein muss. Die Senkung der Höchstbeiträge mittels Förderprogramm löst das grundlegende Problem nicht, sondern es schafft nur weitere Unsicherheiten. Eine finanzielle Belastung von Bürgerinnen und Bürgern bleibt bei dem genannten Vorschlag bestehen, unabhängig von deren individueller Leistungsfähigkeit. Das ist sozial ungerecht!“

Sebastian Watermeier: „Die Interessen der 500.000 Menschen, die mit ihrer Unterschrift die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge fordern, werden von CDU und FDP gänzlich mit Füßen getreten. Die Koalition will nun mit einem Förderprogramm in Höhe von 65 Millionen Euro das Problem lösen. Da stellt sich schon die Frage, was passiert, wenn die Mittel ausgeschöpft sind. Noch in der Anhörung zu den Straßenausbaubeiträgen bezifferten die kommunalen Spitzenverbände den Erstattungsbedarf in einem hohen dreistelligen Bereich. Nun relativiert die Landesregierung selbst die Summe und beweist, dass sie keine klare Haltung und Antwort zu der Thematik besitzt.“

Heike Gebhard ergänzt: „Das Förderprogramm wirft mehr Fragen auf, als dass es Lösungen anbietet. Den Kommunen werden zusätzliche bürokratische Aufwendungen zugemutet, die sie selbst zu tragen haben. Der Vorschlag der Mitte-Rechts-Koalition gibt keine Garantie, dass diese Ausfallkosten voll erstattet werden. Die beste Lösung sowohl für Bürgerinnen und Bürger, als auch für die Kommunen ist die vollständige, unbürokratische Übernahme der Kosten durch das Land.“

„Die SPD-Landtagsfraktion bleibt bei ihrer Haltung! Straßenausbaubeiträge nach dem KAG sind ungerecht und bürokratisch. Daher gehören sie abgeschafft. Das Land muss den Wegfall der Einnahmen für die Kommunen ausgleichen. Wir kämpfen mit den 500.000 Menschen in NRW für die Abschaffung der Beiträge“, so Heike Gebhard und Sebastian Watermeier abschließend.

Büroeröffnung „aktuelles Forum“ in Gelsenkirchen



Urheber: Gerd Kaemper

Mehr Demokratie wagen und die Gesellschaft aktiv mitgestalten—das möchte das „aktuelle Forum“ in Gelsenkirchen. Der Bundestagsabgeordnete Markus Töns sowie die Landtagsabgeordneten Serdar Yüksel und Sebastian Watermeier waren bei der feierlichen Eröffnung der Büroräume an der Gelsenkirchener Schwarzmühlenstraße vor Ort.

Der Verein „aktuelles Forum“ sieht sich als Gestalter in der Gesellschaft. Er will quer denken, Gewohntes durchbrechen sowie Welten verbinden und dabei Dialoge ermöglichen. Die SPD, Vertreter starken Zusammenhalts in der Gesellschaft, begrüßt und unterstützt die Arbeit des aktuellen Forums.

Aktionstag GE-meinsam Barrieren abbauen

Am 29. Juni hieß es auf der Gelsenkirchener Bahnhofstraße: „GE-meinsam Barrieren abbauen“. Das konnten sich auch die Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier nicht entgehen lassen.

Ganz klar im Mittelpunkt des Aktionstages: die Rechte behinderter Menschen müssen gestärkt werden, ihre Ausgrenzung bekämpft werden. Der Kreis der Organisatoren hat die Vision einer Stadt, welche alle einschließt und niemanden behindert. Die Vision einer Stadt, an der alle entsprechend ihrer Möglichkeiten teilhaben können. Die Inklusion, welches das gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen in einer Vielfaltsgesellschaft verwirklicht, ist das gesamtgesellschaftliches Ziel.

Auf dem Markt der Möglichkeiten präsentieren sich unter anderem Gruppen und Institutionen, die im sozialen Bereich tätig sind. Gleichzeitig informieren Einrichtungen der Behindertenhilfe, Vereine und Selbsthilfegruppen. Die Stände und Ausstellungen machen mit Beratungen und Informationen auf das Angebot der Hilfsorganisationen aufmerksam und schärfen damit auch das gesellschaftliche Bewusstsein für die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen. Im Laufe des Aktionstags sorgte ein bunt gemischtes Bühnenprogramm aus sportlichen und kulturellen Darbietungen von Menschen mit und ohne Behinderungen für gute Unterhaltung.



Urheber: Sebastian Watermeier

Umweltgefahren durch Zentraldeponie Emscherbruch?

In elf Kleinen Anfragen haben die Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier, sowie der Landtagsabgeordnete Alexander Vogt aus Herne, 43 Fragen an die Landesregierung gerichtet.

Dazu erklären Heike Gebhard, Alexander Vogt und Sebastian Watermeier: „Bereits seit 1968 wird in der Zentraldeponie Emscherbruch Müll aus dem gesamten Regierungsbezirk Münster entsorgt und gelagert. Das heißt, seit über 50 Jahren tragen die Anwohnerinnen und Anwohner die damit einhergehenden Belastungen. Ihr Informationsbedürfnis bezüglich der Sicherheit für Mensch und Umwelt beim Betrieb der Deponie ist völlig nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist hingegen, dass die Bezirksregierung Münster sich weigert, Antworten auf entsprechende Anträge zu liefern, obwohl sie laut Umweltinformationsgesetz dazu verpflichtet wäre. Aus diesem Grund haben wir als örtlich zuständige Landtagsabgeordnete die Anregungen der Bürgerinitiative ‚Uns stinkt’s‘ aufgenommen und entsprechende Fragen an die Landesregierung gestellt.“

Hintergrund:

Für die Deponieklassen II und III können im Regierungsbezirk Münster ab 2022 bzw. 2024 keine ausreichenden Entsorgungskapazitäten gewährleistet werden. Daher sollen nun mittels eines Planfeststellungsverfahrens der Bezirksregierung Münster eine erneute Erweiterung der Zentraldeponie Emscherbruch und damit eine Laufzeitverlängerung um weitere zehn Jahre ermöglicht werden.

Ursprünglich war eine Schließung der seit 1968 betriebenen Deponie zu Beginn der 2000er Jahre geplant. Die Nutzungsdauer wurde bereits einmal verlängert.



Urheber: Privat

Heike Gebhard im Gespräch mit dem DBfK

Aktuell erfolgt auf Landesebene eine Generalisierung der Pflegeausbildung, um in allen Bereichen, wie der Alten-, Kinder- und Krankenpflege, für eine gute Qualität der Ausbildung zu sorgen. Gleichzeitig muss die Zahl der Ausbildungsplätze in der Pflegeausbildung erhöht werden, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Beides miteinander in Einklang zu bringen, ist eine große Herausforderung—für Politik und Ausbildungsträger.

Über diese und weitere Themen tauschte sich die Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heike Gebhard mit Vertretern des größten Berufsverbandes in der Pflege aus. Von Seiten des DBfK nahmen der Vorsitzende Martin Dichter, sowie der Referent der Geschäftsführung Bertram Grabert-Naß teil.

„Wir haben miteinander vereinbart, den Gesprächsfaden weiter aufrecht zu erhalten—angesichts der weiteren Aufgaben, die auf uns zukommen, im Hinblick auf die Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der Pflege“, so Heike Gebhard im Nachgang des Gesprächs.



Urheberin: Silke Wessendorf

Heike Gebhard & Sebastian Watermeier



Termine

„Auf Schatzsuche in unseren Schulen – Sozialindex. Bildungsgerechtigkeit. Aufstiegschancen.“

5. September 2019, Plenarsaal des Landtags NRW
 16:30 Uhr: „Markt der Möglichkeiten“ / Stehcafé
 17:00 Uhr: Podiumsdiskussion
 19:00 Uhr: voraussichtliches Ende

Infos und Anmeldung folgen.

„Chancen und Grenzen des Ganztags“

FES-Kooperationsveranstaltung, 12. September 2019

Infos und Anmeldung folgen.